AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band IV, Stück 12

Hannover, den 1. November

1975

INHALT:

I. Gesetze und Verordnungen

- Nr. 78 Kirchengesetz zur Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Vom 10. Oktober 1975 510
- Nr. 79 Kirchengesetz zur Änderung der Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 8. Oktober 1975 511

II. Beschlüsse und Verträge

- Nr. 80 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur pastoraltheologischen Handreichung zur Frage einer Teilnahme evangelisch-lutherischer und römisch-katholischer Christen an Eucharistie- bzw. Abendmahlsfeiern der anderen Konfession. Vom 10. Oktober 1975 511
- Nr. 81 Beschluß der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan sowie die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1975. Vom 9. Oktober 1976 512
- Nr. 82 Beschluß der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1974. Vom 9. Oktober 1975 515
- Nr. 83 Beschluß der Generalsynode zu Haushaltsfragen. Vom 10. Oktober 1975 . . . 515

III. Mitteilungen

- Nr. 84 5. Tagung der 5. Generalsynode 1976 516
- Nr. 85 Hinweis 516

IV. Personalnachrichten

- Leitender Bischof, Bischofswahlausschuß, Kirchenleitung, Finanzausschuß, Lutherisches Kirchenamt 516

I. Gesetze und Verordnungen

Nr. 78 Kirchengesetz zur Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Vom 10. Oktober 1975.

Generalsynode und Bischofskonferenz haben unter Wahrung der Vorschriften des Artikels 16 Absatz 4 der Verfassung folgendes Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Der am 7. November 1974 von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossenen Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland wird zugestimmt mit Wirkung vom Ende des Monats, in dem die Zustimmung aller Gliedkirchen der Vereinigten Kirche erfolgt ist.

(2) Der Leitende Bischof wird ermächtigt, die in Absatz 1 ausgesprochene Zustimmung zu dem in Absatz 1 genannten Termin urkundlich zu vollziehen. Die Vollziehung ist im Amtsblatt der Vereinigten Kirche bekanntzumachen.

(3) Die Zustimmung der Vereinigten Kirche zu einer Änderung der Grundordnung gemäß Artikel 52 Absatz 1 und 2 der Grundordnung bedarf eines Kirchengesetzes, das den Erfordernissen des Artikels 16 Absatz 4 der Verfassung der Vereinigten Kirche entspricht.

§ 2

(1) Artikel 7 der Verfassung der Vereinigten Kirche wird Artikel 7 Absatz 1.

(2) Als Artikel 7 Absatz 2 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Die Vereinigte Kirche nimmt nach Maßgabe der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November 1974 und besonderer Vereinbarungen an der Erfüllung von Aufgaben der Evangelischen Kirche in Deutschland teil. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben hat die Vereinigte Kirche im Verhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland Rechte und Pflichten von Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland.“

§ 3

Artikel 6 Absatz 1 der Verfassung der Vereinigten Kirche erhält folgende Fassung:

„(1) Das Recht der Vereinigten Kirche geht dem Recht der Gliedkirchen vor. Die Gliedkirchen teilen der Vereinigten Kirche die Sachgebiete mit, für die sie eine kirchengesetzliche Regelung beabsichtigen. Entwürfe zu Kirchengesetzen und Verordnungen mit Gesetzeskraft legen die Gliedkirchen der Vereinigten Kirche spätestens mit der Vorlage des Entwurfes an ihre rechtsetzende Körperschaft vor. Die Vereinigte Kirche kann sich zu den Entwürfen äußern. Ihre Stellungnahme ist nach Möglichkeit zum Gegenstand der Beratung der rechtsetzenden Körperschaften zu machen.“

§ 4

(1) Eine Entscheidung nach Artikel 54 Absatz 2 der Grundordnung bedarf des Verfahrens nach Artikel 16 Absatz 4 der Verfassung der Vereinigten Kirche.

(2) Erklärungen nach Artikel 31 Absatz 2 der Grundordnung gibt die Kirchenleitung ab. Sie kann vorher die Zustimmung von Generalsynode und Bischofskonferenz herbeiführen. Ist das Sachgebiet von der Vereinigten Kirche kirchengesetzlich geregelt, bedarf die Kirchenleitung für ihre Erklärung der Zustimmung von Generalsynode und Bischofskonferenz; kommt eine Einigung zwischen Generalsynode und Bischofskonferenz nicht zustande, gilt Artikel 16 Absatz 3 der Verfassung entsprechend.

(3) Mitteilungen der Evangelischen Kirche in Deutschland, die die Rechtsetzung der Vereinigten Kirche oder ihrer Gliedkirchen berühren, insbesondere von Richtlinien des Rates und der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland gemäß Artikel 22 der Grundordnung sowie Entwürfe von Kirchengesetzen, von Verordnungen nach Artikel 55 der Grundordnung und Entwürfe von verbindlichen Rahmenplänen nach Artikel 25 Absatz 4 der Grundordnung hat das Lutherische Kirchenamt alsbald nach Kenntnisnahme der Kirchenleitung vorzulegen; diese entscheidet, ob eine Einschaltung der Bischofskonferenz und des von der Generalsynode hierzu zu bestimmenden Ausschusses erforderlich ist. Erklärungen der Vereinigten Kirche zu den Entwürfen kann das Lutherische Kirchenamt erst abgeben, wenn die Kirchenleitung den beabsichtigten Erklärungen zugestimmt hat. Ausgenommen hiervon sind Erklärungen zu Entwürfen von Verordnungen nach Artikel 55 der Grundordnung, wenn eine Beschlußfassung der Kirchenleitung zeitlich nicht möglich ist.

§ 5

Die Kirchenleitung ist zuständig für die Abgabe von Erklärungen nach den Artikeln 24, 26, 29 Absatz 1 Satz 2, 29 Absatz 2, 45 Absatz 1 Satz 3, 54 Absatz 1 und 69 Absatz 1 und 2 der Grundordnung. In den Fällen der Artikel 24 und 54 Absatz 1 bedarf die Kirchenleitung des Benehmens mit dem von der Generalsynode hierzu zu bestimmenden Ausschuss, im Falle des Artikels 24 darüber hinaus des Einvernehmens mit den Gliedkirchen der Vereinigten Kirche, soweit die Erklärung bindende Wirkung auch für die Gliedkirchen haben soll. In Fällen des Artikels 29 Absatz 2 bedarf es des Einvernehmens mit den Gliedkirchen der Vereinigten Kirche. Macht die Kirchenleitung im Verfahren nach Artikel 69 der Grundordnung eine Verletzung des Bekenntnisses geltend, bedarf sie des Einvernehmens mit der Bischofskonferenz.

§ 6

Das Lutherische Kirchenamt ist zuständig für:

- a) die Mitarbeit bei der Neugliederung im Rahmen des Artikels 11 Absatz 1 der Grundordnung,
- b) die Mitarbeit bei der Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 15 Absatz 2 der Grundordnung,

- c) die selbständige Vertretung und Mitarbeit in ökumenischen Vereinigungen nach Artikel 18 Absatz 1 Satz 2 der Grundordnung,
- d) das Zusammenwirken bei der Planungsarbeit nach Artikel 25 der Grundordnung,
- e) die Mitteilungen nach Artikel 27 der Grundordnung,
- f) Hilfeleistung nach Artikel 29 der Grundordnung,
- g) Vorschläge für die Wahl der Richter des Rechtshofes nach Artikel 68 Absatz 3 der Grundordnung.

Das Lutherische Kirchenamt handelt nach Richtlinien der Kirchenleitung. Die Kirchenleitung kann Entscheidungen an sich ziehen. Das Lutherische Kirchenamt kann vor Abgabe einer Erklärung eine Stellungnahme der Kirchenleitung herbeiführen. Erklärungen des Lutherischen Kirchenamtes nach Artikel 27 Absatz 2 Satz 1 und Artikel 68 Absatz 3 der Grundordnung bedürfen der Zustimmung der Kirchenleitung.

§ 7

Die Vertreter der Vereinigten Kirche für die Teilnahme an den Beratungen der Synode und der Kirchenkonferenz nach den Artikeln 37 und 44 Absatz 4 der Grundordnung bestimmt die Kirchenleitung. Sie unterstehen im Rahmen der Grundordnung den Weisungen der Kirchenleitung. Mit dem Lutherischen Kirchenamt haben sie, sofern sie ihm nicht angehören, in allen Angelegenheiten Fühlung zu halten.

§ 8

(1) § 1 Absatz 1 und 2 tritt mit der Verkündung dieses Kirchengesetzes in Kraft. Die übrigen Bestimmungen dieses Kirchengesetzes treten mit dem Zeitpunkt in Kraft, in dem die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November 1974 gemäß Artikel 70 der Grundordnung in Kraft tritt.

(2) Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. November 1974 sowie der Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 1 Absatz 3 und der §§ 2 bis 7 dieses Kirchengesetzes sind im Amtsblatt der Vereinigten Kirche bekannt zu machen.

(3) Das Lutherische Kirchenamt wird ermächtigt, die Verfassung der Vereinigten Kirche in der Fassung, die sie durch die Bestimmungen der §§ 2 und 3 dieses Kirchengesetzes gefunden hat, neu bekannt zu machen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der 5. Generalsynode und der Bischofskonferenz vom 10. Oktober 1975 vollzogen.

Kiel, den 10. Oktober 1975

Der Leitende Bischof

D. Lohse

Nr. 79 Kirchengesetz zur Änderung der Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 8. Oktober 1975.

Generalsynode und Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands haben unter Wahrung der Vorschriften von Artikel 16 Absatz 4 der Verfassung das folgende Kirchengesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

Die Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in der Fassung vom 10. November 1972 (ABl. Band IV Stück 3 Seite 94 ff.) wird wie folgt geändert:

Artikel 10 a Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Seine Amtsdauer beträgt drei Jahre.“

§ 2

Das Lutherische Kirchenamt wird ermächtigt, die Verfassung der Vereinigten Kirche in der Form, die sie durch die Bestimmung des § 1 dieses Kirchengesetzes gefunden hat, neu bekannt zu machen.

§ 3

Dieses Kirchengesetz tritt mit Wirkung vom 8. Oktober 1975 in Kraft.

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der 5. Generalsynode und der Bischofskonferenz vom 8. Oktober 1975 vollzogen.

Kiel, den 8. Oktober 1975

Der Leitende Bischof

D. Wölber

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 80 Beschluß der Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands zur pastoraltheologischen Handreichung zur Frage einer Teilnahme evangelisch-lutherischer und römisch-katholischer Christen an Eucharistie- bzw. Abendmahlsfeiern der anderen Konfession.

Vom 10. Oktober 1975.

Die Generalsynode nimmt die in ihrem Auftrag erarbeitete pastoral-theologische Handreichung zur Frage einer Teilnahme evangelisch-lutherischer und römisch-katholischer Christen an Eucharistie- bzw. Abend-

mahlsfeiern der anderen Konfession mit Dank entgegen. Sie gibt die Handreichung in der in der Anlage *) beigefügten Fassung empfehlend an die Gliedkirchen zum Gebrauch im Rahmen ihrer Ordnung weiter.

In diesem Zusammenhang nimmt die Generalsynode eine Anregung des Catholica-Beauftragten der Vereinigten Kirche, Landesbischof i. R. D. Hermann Dietzfelbinger, auf und bittet Kirchenleitung und Bischofskonferenz, das anlässlich dieser Handreichung begon-

*) Hier nicht abgedruckt. Handreichung erscheint als Sondernummer und ist beim Lutherischen Kirchenamt erhältlich.

nene theologische Gespräch mit der römisch-katholischen Kirche in geeigneter Weise fortzusetzen.

Kiel, den 10. Oktober 1975

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Nr. 81 Beschluß über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1976.

Vom 9. Oktober 1975.

Aufgrund von Artikel 17 der Verfassung hat die Generalsynode beschlossen:

I.

Für das Rechnungsjahr 1976 (1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1976) gilt der als Anlage I beigefügte Haushalts- und Stellenplan.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 5 231 450,— DM festgestellt.

III.

1. Die Ansätze des Haushaltsplanes innerhalb der einzelnen Ausgabekapitel sind — mit Ausnahme der Titel 10632.01.7490 und 0632.02.7490 in Einzelplan 0, 7621.6810 in Einzelplan 7 und 9500.4640 in Einzelplan 9 — gegenseitig deckungsfähig.

Nicht gegenseitig deckungsfähig sind jedoch Personal- und Sachausgaben.

2. Eine Überschreitung von Ausgabekapiteln bedarf eines zustimmenden Beschlusses der Kirchenleitung. Außerplanmäßige Angaben bedürfen außerdem der Zustimmung des Finanzausschusses.

Eine genehmigungspflichtige Überschreitung liegt insoweit nicht vor, als

- a) ein Ausgleich aus Einzelplan 9 Titel 9810.8600 „(Verstärkungsmittel“ vorgenommen wird oder Mehreinnahmen aus Einzelplan 1 Titel 9700.1100 (Zinsen) zur Verfügung stehen.
- b) Mehreinnahmen aus Kollekten zum Ausgleich von Überschreitungen im Titel 10632.02.7490 verwendet werden.
- c) die Kirchenleitung — gegebenenfalls im schriftlichen Verfahren — einer einseitigen Deckungsfähigkeit von Kapitel zu Kapitel zustimmt, Ziff. 1 Satz 2 bleibt unberührt; ausgenommen ist Titel 7621.6810 in Einzelplan 7. Ein dahingehender Beschluß ist dem Finanzausschuß der Generalsynode anzuzeigen.
- d) Ausgaben in den Titeln 7621.4220 bis 7621.4610 und 0632.01.7490 auftreten, die auf rechtlichen

Verpflichtungen nach Vorschriften des Staates oder der Vereinigten Kirche beruhen; solche Überschreitungen sind der Kirchenleitung anzuzeigen.

3. Überschüsse, die sich beim Abschluß des Rechnungsjahres ergeben, sind zur Verstärkung der allgemeinen Ausgleichsrücklage zu verwenden, soweit nicht der Finanzausschuß eine andere Verwendung beschließt. Nicht verbrauchte Mittel des Titels 7621.4700 (Wohnungsfürsorge) werden einer Wohnungsfürsorgerrücklage zugeführt.

IV.

1. Der durch Umlage der Gliedkirchen aufzubringende Finanzbedarf beträgt im Rechnungsjahr 1976 für den Haushaltsplan 4 906 400,— DM. Diesen Finanzbedarf bringen die Gliedkirchen nach dem anliegenden Umlageverteilungsschlüssel auf (siehe Anlage II). Ist die Belastung von Ansätzen des Haushaltsplanes durch Steigerung der Personalkosten geringer als veranschlagt, so erfolgt die Anpassung im Wege der Umlagesenkung nach Maßgabe des Umlageverteilungsschlüssels nach Vorschlägen des Lutherischen Kirchenamtes durch Beschluß des Finanzausschusses.

2. Der durch Umlagen aufzubringende Betrag ist von den Gliedkirchen **monatlich im voraus** oder in vier gleichen Teilbeträgen **vierteljährlich im voraus** an das Lutherische Kirchenamt zu zahlen.

V.

Zur Förderung der im Titel 10632.02.7490 des Haushaltsplanes bezeichneten Aufgaben wird eine Kollekte ausgeschrieben. Sie ist in allen Gliedkirchen einzusammeln. In der Abrechnung müssen die Ausgaben den Einnahmen entsprechen.

VI.

Der Haushaltsplan gilt gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung über das Rechnungsjahr 1978 hinaus bis zur Festsetzung eines neuen Haushaltsplanes.

VII.

1. Die Kirchenleitung wird ermächtigt, für unvorhergesehene Ausgaben, die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen und nicht aus dem Haushaltsplan gedeckt werden können, mit Zustimmung des Finanzausschusses einen Nachtragshaushaltsplan zu beschließen.

2. Die Aufnahme von Kassenkrediten von insgesamt bis zu 300 000,— DM, die aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres abgedeckt werden können, ist dem Lutherischen Kirchenamt gestattet; bei einer höheren Summe bedarf es der Zustimmung der Kirchenleitung. Die Aufnahme von Anleihen bedarf der vorherigen Zustimmung des Finanzausschusses der Generalsynode.

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Zusammenstellung der Einnahmen *)

Einzelplan	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz	Haushaltsansatz
	1974	1975	1976
	DM	DM	DM
0	4 480 750,—	4 843 500,—	4 906 400,—
1	154 949,07	133 400,—	108 600,—
2	197 012,75	180 000,—	180 000,—
3	670 836,04	16 000,—	36 400,—
	5 503 547,86	5 172 900,—	5 231 400,—

*) Die Einzelaufstellungen sind aus Gründen der Kostenersparnis erstmalig nicht abgedruckt. Sie können im Lutherischen Kirchenamt und bei den Landeskirchenämtern der Gliedkirchen der Vereinigten Kirche eingesehen werden.

Zusammenstellung der Ausgaben *)

Einzelplan	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz	Haushaltsansatz
	1974	1975	1976
	DM	DM	DM
0	658 478,43	676 500,—	705 900,—
1	6 441,60	6 000,—	3 000,—
3	758 898,61	835 500,—	756 500,—
4	343 794,86	464 000,—	558 800,—
5	204 444,94	256 800,—	163 000,—
7	3 212 378,35	2 784 600,—	2 962 200,—
9	112 864,36	149 500,—	82 000,—
	5 297 301,15	5 172 900,—	5 231 400,—

*) Die Einzelaufstellungen sind aus Gründen der Kostenersparnis erstmalig nicht abgedruckt. Sie können im Lutherischen Kirchenamt und bei den Landeskirchenämtern der Gliedkirchen der Vereinigten Kirche eingesehen werden.

Stellenplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Lutherisches Kirchenamt Hannover
(einschließlich Berliner Stelle)

Rechnungsjahr 1976

Zahl der Stellen	Besold.-Gr. der Bo.EKD/ Vergütungsgruppe	Bezeichnung der Stellen	Bemerkungen
1	B 5	Präsident	
2	+ B 2	Oberkirchenräte	
3	+ A 16	Oberkirchenräte	
1	+ A 15/16	Oberkirchenrat	kw
4	+ A 13 - A 15	Kirchenassessoren Kirchenräte Oberkirchenräte	
3	+ A 9 - A 13	Kircheninspektoren Kirchenoberinspektoren Kirchenamtmänner Kirchenamtsräte Kirchenoberamtsräte	Höchstens 1 Stelle nach A 13 und eine nach A 12
5	+ V c	Büroangestellte	
3	+ VI b	Büroangestellte	
12	+ VII/VI b	Büroangestellte	
5	+ X/VII	Büroangestellte	

a) Allgemeiner Hinweis:

Die Beamten und Angestellten erhalten eine nicht ruhegehaltstfähige Stellenzulage, die die nichtruhegehaltstfähige Stellenzulage vergleichbarer Bundesbediensteter nicht übersteigt.

b) + = Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden.

Umlage für das Rechnungsjahr 1976

Gliedkirche	Umlage 1975 DM	% nach EKD - Schlüssel 1975 (in Klammern 1974)	% der Gesamtumlage VELKD 1976 (in Klammern 1974)	Umlage 1976 DM	gegenüber Umlage 1975 mehr weniger
Bayern	1 449 757,—	10,01 % (8,33)	32,691 % (29,932)	1 603 951,—	+ 154 194,—
Braunschweig	238 446,—	1,46 % (1,37)	4,786 % (4,923)	233 937,—	— 4 509,—
Eutin	24 314,—	0,18 % (0,14)	0,588 % (0,502)	28 850,—	+ 4 536,—
Hamburg	379 391,—	2,51 % (2,18)	8,197 % (7,833)	402 178,—	+ 22 787,—
Hannover	1 528 076,—	8,88 % (8,78)	29,001 % (31,549)	1 422 905,—	— 105 171,—
Lübeck	85 294,—	0,57 % (0,49)	1,862 % (1,761)	91 357,—	+ 6 063,—
Schaumburg-Lippe	22 619,—	0,11 % (0,13)	0,359 % (0,467)	17 164,—	— 5 005,—
Schleswig-Holstein	1 115 603,—	6,90 % (6,41)	22,534 % (23,033)	1 105 608,—	— 9 995,—
	4 843 500,—	30,62 % (27,83)	100,000 % (100,000)	4 906 400,—	+ 62 900,—

Nr. 82 Beschluß über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1976.

Vom 9. Oktober 1975.

Aufgrund von § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 9. Oktober 1959 (Abl. Bd. I S. 169) in Verbindung mit Artikel 17 der Verfassung der Vereinigten Kirche hat die Generalsynode beschlossen:

*) Hier nicht abgedruckt — s. Anmerkungen Haushaltsplan der Vereinigten Kirche.

I.

Für das Rechnungsjahr 1976 (1. Januar 1976 bis 31. Dezember 1976) gilt der als Anlage A beigefügte Haushalts- *) und Stellenplan mit Erläuterungen.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 553 700,— DM festgestellt.

III.

Die Abschnitte III, VI und VII des Beschlusses über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1976 gelten entsprechend.

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

Stellenplan des Prediger- und Studienseminars in Pullach Rechnungsjahr 1976

1	+	Rektor	A 16 ¹⁾
1	+	Studieninspektor	A 14 ¹⁾
1	+	Wirtschaftsleiterin	BAT VII/VI b
1	+	Sekretärin (Diakonisse)	BAT VIII/V c
1	+	Hausmeister	BAT VIII/VII
4	+	Praktikantin	MTB VIII

*) Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden.

¹⁾ Stelleninhaber kann eine nicht ruhegehaltstfähige steuerpflichtige Aufwandsentschädigung erhalten, die die nicht ruhegehaltstfähige Stellenzulage der Referenten des Lutherischen Kirchenamtes nicht übersteigt. Das Nähere beschließt die Kirchenleitung.

Nr. 83 Beschluß der Generalsynode zu Haushaltsfragen.

Vom 10. Oktober 1975.

Aufgrund von Artikel 17 der Verfassung sowie des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche vom 9. Oktober 1959 wird beschlossen:

1. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung im Rechnungsjahr 1974 Entlastung erteilt.

2. Dem Lutherischen Kirchenamt und dem Rektor des Prediger- und Studienseminars Pullach wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung für das Prediger- und Studienseminar Pullach im Rechnungsjahr 1974 Entlastung erteilt.

Kiel, den 9. Oktober 1975

Der Präsident der Generalsynode

Boyken

III. Mitteilungen

Nr. 84 5. Tagung der 5. Generalsynode 1976.

Auf Einladung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schaumburg-Lippe findet die 5. Tagung der 5. Generalsynode in Bückeberg statt.

Das Präsidium der Generalsynode setzte als Termin für die 5. Tagung die Zeit vom 26. bis 29. Oktober 1976 fest.

Nr. 85 Hinweis

Wir bitten im Amtsblatt Band IV Stück 9 auf Seite 380 am Ende der lfd. Nummer 59 handschriftlich einzufügen:

Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der 5. Generalsynode und der Bischofskonferenz vom 24. Oktober 1974 vollzogen.

Rummelsberg, den 25. Oktober 1974

Der Leitende Bischof

D. Wölber

IV. Personalmeldungen

Leitender Bischof

Die 5. Generalsynode hat auf ihrer 4. Tagung in Kiel Landesbischof Professor D. Eduard Lohse, Hannover, zum Leitenden Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands gewählt. Landesbischof D. Lohse hat die am 9. Oktober 1975 vollzogene Wahl angenommen. Er wurde am 10. Oktober 1975 in einem Gottesdienst in der St. Nicolai-Kirche zu Kiel in sein Amt eingeführt.

Die Bischofskonferenz wählte während der 4. Tagung der 5. Generalsynode in Kiel am 9. Oktober 1975 Landesbischof Dr. Gerhard Heintze, Wolfenbüttel, zum Stellvertreter des Leitenden Bischofs.

Bischofswahlausschuß

Die 5. Generalsynode hat auf ihrer 4. Tagung in Kiel am 10. Oktober 1975 in den Bischofswahlausschuß gewählt

als weltliche Mitglieder:

Oberstudiendirektor Friedrich-Wilhelm Brummack, Schulensee bei Kiel

Rechtsanwalt Dr. Hans Ehlers, Hamburg

Oberlandeskirchenrat Jürgen Kaulitz, Wolfenbüttel

Oberlandeskirchenrat Dr. Werner Strietzel, Hannover

als geistliches Mitglied:

Rektor Pfarrer Karl-Heinz Neukamm, Rummelsberg

Die Bischofskonferenz hat am 10. Oktober 1975 in den Bischofswahlausschuß gewählt:

Landessuperintendent Andersen, Lüneburg

Oberkirchenrat Dr. Wolf, München

Kirchenleitung

Bischof D. Wölber ist mit Annahme der Wahl durch Landesbischof Professor D. Eduard Lohse aus der Kirchenleitung ausgeschieden. Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger DD ist mit Wirkung vom 1. Mai 1975 aus der Kirchenleitung und aus der Bischofskonferenz ausgeschieden.

Finanzausschuß

In den Finanzausschuß der Generalsynode wurde Herr Horst-Harald Rübcke, Waldshagen, für den verstorbenen Pastor Siegfried Kauert, Eutin, gewählt.

Lutherischen Kirchenamt

Kirchenrat Roland Fritzsche wurde auf Beschluß der Kirchenleitung vom 17./18. Juli 1975 mit Wirkung vom 1. Oktober 1975 zum Oberkirchenrat ernannt.

Die frühere Mitarbeiterin im Lutherischen Kirchenamt, Frau Ella Lahno, ist am 13. Mai d. J. im Alter von 55 Jahren verstorben.

Frau Lahno war seit dem 15. März 1959 Mitarbeiterin im Lutherischen Kirchenamt. Sie war Leiterin der Buchhaltung des Lutherischen Kirchenamtes und des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes.

Wegen einer schweren Erkrankung mußte sie am 30. April 1973 aus dem Dienst der VELKD ausscheiden. Die Mitarbeiter des Lutherischen Kirchenamtes nahmen im Trauergottesdienst am 16. Mai Abschied von Frau Lahno. Dank und Anerkennung für die langjährige Arbeit im Dienst der VELKD und des DNK wurden zum Ausdruck gebracht. Die Verkündigung des Trauergottesdienstes stand unter Psalm 77.

„Hat Gott vergessen, gnädig zu sein,
oder Sein Erbarmen im Zorn verschlossen?“

Psalm 77, 10